

28. Kapitel

„Nun muß zusammenwachsen, was zusammengehört“

Das sagte der ehemalige Bundeskanzler Willi Brandt, als er am 10. 11. 1989 an dem geöffneten Brandenburger Tor in Berlin mit mehreren hochrangigen Politikern der Bundesrepublik stand. Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der DDR 1990, der von fast täglichen Massendemonstrationen in vielen Städten und Gemeinden der DDR begleitet wurde, war eine einmalige Chance für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf friedlichem Wege. Hätte man sie nicht genutzt, wäre die deutsche Einheit wohl auf längere Sicht eine Utopie geblieben. Während die USA, und vor allem ihr ehemaliger Präsident George Bush, sowie auch der russische Präsident Gorbatschow die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützten, waren die Nachbarn Frankreich und England eher mißtrauisch.

Es ist dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl zu verdanken, daß er alle Kritiker davon überzeugen konnte, daß auch von einem wiedervereinigten Deutschland keine Gefahren, die den Frieden bedrohen könnten, mehr ausgehen werden. Bundeskanzler Kohl wird seitdem zu Recht als der Kanzler der Deutschen Einheit bezeichnet.

Der großen Euphorie folgte die Ernüchterung

Zwei durch die Nachkriegsereignisse entstandene getrennte deutsche Staaten wurden nach über vierzig Jahren wieder zusammengefügt. Jahrzehnte zuvor hatten sie den größten Teil des ehemaligen untergegangenen Deutschen Reiches gebildet. So betrachtet, kann man tatsächlich von einer „Wiedervereinigung“ sprechen. Zwei Staaten, die nach der ihrer Gründung im Jahre 1949 völlig gegensätzliche politische und wirtschaftliche Entwicklungen genommen hatten, schlossen sich nach über 41jähriger Trennung am Ende nach dem Willen des zuletzt frei gewählten Parlamentes in der DDR zusammen und bildeten die neue vergrößerte „Bundesrepublik Deutschland.“ Was staatsrechtlich als Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vollzogen wurde, war gesellschaftlich gesehen nichts anderes als ein Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland. Mit der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Stärke brachte die westdeutsche Bundesrepublik ein nie dagewesenes Geschenk in die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ein, nämlich die „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialreform“. Dafür setzte sie allerdings auch die wesentlichen Bedingungen fest, die von der Ostseite akzeptiert werden mußten. Nachdem die riesengroße Freude und Euphorie bei der Grenzöffnung und der Wiedervereinigung der beiden deutscher Staaten verflogen war, setzte bei vielen Menschen – besonders in der ehemaligen DDR – eine Ernüchterung ein. Während die westliche Seite den Gewinn der Freiheit für die Menschen im Osten in den Vordergrund stellte, erlebten viele ostdeutsche Bürger die Veränderungen als einen Verlust. Was wurde inzwischen aus der Euphorie und dem Glücksgefühl in Ost und West? Inzwischen wurden verwandtschaftliche Beziehungen teilweise wieder vergessen, Freundschaften beendet, Pläne für die Zukunft fielen ins Wasser. Haben die Menschen diesseits und jenseits der ehemaligen Grenze genug von der heiß ersehnten Wiedervereinigung und der damit gewonnenen Freiheit? Viele Arbeiter im Osten Deutschlands verloren ihren Arbeitsplatz, weil ihre Betriebe nicht den Anforderungen einer auf Export orientierten „freien Marktwirtschaft“ des Westens entsprachen und daher geschlossen und teilweise abgerissen wurden. Diese Entwicklung stieß bei der Bevölkerung im Osten Deutschlands auf großes Unverständnis.

In der DDR gab es keine Arbeitslosen. Wer dennoch arbeitslos geworden war, wurde irgendeinem Betrieb in allernächster Nähe zugewiesen, ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb ihn brauchte oder nicht. Die großen Industriebetriebe der DDR, zu denen auch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in den ländlichen Gebieten der DDR zählten, prägten als Arbeitgeber nicht nur ganze Städte und Regionen, sondern gaben mit ihren ganz billigen und teilweise kostenlosen Angeboten wie zum Beispiel Kinderkrippen, Kinderhorten, Kindergärten, Krankenhäusern, Sportvereinen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie betriebseigenen Ferienunterkünften den Menschen das Gefühl von Sicherheit und Lebensfreude im täglichen Alltag. Nicht zu vergessen dabei sind die sehr niedrigen Wohnungsmieten. Der Staat, das heißt vielmehr die Partei, die Gewerkschaften und die Massenorganisationen, sorgten für das gesellschaftliche Leben in den Betrieben und den sonstigen staatlichen Einrichtungen bis hin zu den Wohnsiedlungen. Von der Wiege bis zur Bahre war sprichwörtlich von Seiten des Staates und seinem Parteiapparat alles organisiert worden, der Einzelne brauchte sich eigentlich um nicht viel zu kümmern, sondern sich nur in das staatliche System einzufügen. Das, was die DDR-Staatsmacht zu ihren sozialistischen Errungenschaften zählte und was von vielen Menschen in der DDR auch so empfunden

wurde und von einigen auch noch heute so gesehen wird, war in Wirklichkeit ihr wirtschaftlicher und politischer Ruin und führte letztendlich zum völligen Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft. Die Planwirtschaft hatte sich nicht bewährt. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war den Anforderungen in den einzelnen Ländern des Ostblocks nicht gewachsen. Sie hatten alle weit über ihre Verhältnisse gelebt.

Das alles änderte sich grundlegend nach der Wiedervereinigung am 3. 10. 1990. Eine gewaltige Umstellung in allen Lebensbereichen der ostdeutschen Bevölkerung setzte ein. Völlig neu für alle war, daß man für alles, was man haben wollte, einen Antrag stellen oder Formulare ausfüllen mußte. Das neue Wort von der „Wende“ statt „Wiedervereinigung“ war entstanden. Vor der „Wende“, oder nach der „Wende“ hieß es damals wie auch noch heute im abgekürzten Sprachgebrauch sowohl in Ost als auch in West als Bezeichnung für den Tag der Wiedervereinigung. Fast 90 % der Frauen in der DDR waren vor der „Wende“ berufstätig gewesen. Sie verloren nunmehr ihren Arbeitsplatz und damit ihre mühsam errungene soziale Gleichwertigkeit. Es ist unbestritten, daß die ostdeutsche Bevölkerung für ihren bescheidenen Wohlstand hart gearbeitet hat, jedenfalls nicht weniger als die Bevölkerung in der westlichen Bundesrepublik. Die Menschen besaßen lediglich das schlechtere System, das die wirtschaftliche Entwicklung eher hemmte als mit Anreizen förderte. Ihnen standen darüber hinaus in den Anfangsjahren nach 1945 auch nicht die günstigen ERP-Kredite der Amerikaner als Aufbauhilfe zur Verfügung. So konnte es nicht ausbleiben, daß durch die Umstellung nach der „Wende“ bald von einer Mauer des Schweigens in den Köpfen der ehemaligen DDR-Bürger die Rede war und gleichzeitig die Bezeichnungen „Ossis“ und „Wessis“ entstanden, was aber eher zum Schmunzeln anregte. Inzwischen ist diese Bezeichnung so gut wie verschwunden und es sind mittlerweile erfreuliche Anzeichen eines ganz normalen Zusammenwachsens auf beiden Seiten erkennbar. Fassungslos wurden und werden noch immer bei den Menschen im Westen die Milliarden Summen, die für den „Aufbau Ost“ benötigt werden, wahrgenommen. Der Westen hatte die desolate Wirtschaft in der DDR in allen ihren Bereichen gewaltig unterschätzt, obwohl man das eigentlich hätte einschätzen können, denn der Zustand der gesamten Infrastruktur war ja bekannt. Es war natürlich bei Besuchsreisen in die DDR sehr schwierig, den Menschen schon vor der Wende vorzuhalten, wie rückständig sie im Vergleich zum Westen seien, ohne dabei ihr Selbstbewußtsein zu verletzen. Bei alledem kam hinzu, daß bei der Wiedervereinigung wohl davon ausgegangen wurde, daß man die Waren aus der DDR-Produktion auch weiterhin in die Ostblockländer und vor allem in die Sowjeunion hätte exportieren können. Wer aber konnte ahnen, daß auch die Sowjetunion so schnell zusammenbricht? Die Erlöse aus dem Verkauf und der Verwertung des „volkseigenen Vermögens“ und der „volkseigenen Betriebe“ durch die vor der Wiedervereinigung seitens der DDR gegründeten Treuhand-Gesellschaft deckte nur einen ganz geringen Teil der benötigten Aufbauhilfe-Ost ab. Ein gewerbliches Unternehmen, das nicht den Anforderungen einer marktgerechten Produktion des Weltmarktes entspricht, ist praktisch wertlos. Der fast ausschließlich vom Westen finanzierte „Aufbau Ost“ hat bisher jährlich Milliarden Summen verschlungen, um das Land an einen mit dem Westen vergleichbaren Lebensstandard und Lebensqualität heranzuführen. Und noch ist kein Ende in Sicht. Die dennoch anhaltende Unzufriedenheit bei einigen ostdeutschen Bürgern wird deshalb im Westen als Undankbarkeit empfunden. Es zeichnet sich jedoch schon jetzt ab, daß der Aufbau der gewerblichen und privaten Wirtschaft in den neuen Bundesländern in allen Bereichen mit den modernsten Maschinen und Geräten sowie die Erneuerung der gesamten Infrastruktur dem Westen eines Tages mehr als gleichwertig sein wird. Aber ebenso fassungslos wurde von den Menschen in Ostdeutschland nach der „Wende“ der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit beobachtet. Die in vielen Betrieben der ehemaligen DDR versteckte Arbeitslosigkeit verschärfte dieses Problem dramatisch. Trotz alledem werden mehr und mehr gute Ansätze des Zusammenwachsens zwischen Ost und West deutlich; vor allem trägt die heranwachsende Jugend einen großen Anteil daran. [...]